

Nr. 5.4.4.04

Schreiben Muntzinger (?) an das Auswärtige Amt (25.06.1929)

Bearbeitet von: Roman Köster

Fundort: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, PAAA R 35260

Formalia:

Regest:

Mit kaum einem anderen Land blieben die wirtschaftlichen Beziehungen während der 1920er Jahre so angespannt wie mit Belgien. Das lag zum einen an der Besetzung während des Ersten Weltkriegs und der Zerstörung wichtiger Kulturgüter und Industrieanlagen durch die Deutschen sowie den bis heute umstrittenen "Franktireur"-Partisanenkrieg gegen die deutschen Besatzer. Zum anderen lag es aber auch an der ungelösten Markfrage: Die Deutschen hatten während des Krieges in Belgien die Mark als Zahlungsmittel eingeführt und damit Leistungen der belgischen Industrie bezahlt. Durch den starken Wertverlust der Mark bekamen sie diese Leistungen jedoch beinahe umsonst. Dafür wollte Belgien - neben den Kriegsreparationen - eine Entschädigung bekommen. Die hier abgedruckte Quelle dokumentiert die Bemühungen um Verständigung im Jahr 1929, als mit Frankreich (Verträge von Locarno 1925) längst eine Verständigung erreicht werden konnte. Auch wenn die Diplomatie holprig anmutet, kam es 1929 zu einem Einlenken der Deutschen in der Markfrage im Zuge der Verhandlungen um den Young-Plan. Die belgische Seite wiederum wünschte sich von den Deutschen Unterstützung in der Frage des Standorts der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (auch als "Reparationsbank" bezeichnet), deren Gründung ein Ergebnis der Young-Verhandlungen darstellte. Tatsächlich wurde am Ende aber weder Brüssel noch Amsterdam, sondern Basel in der Schweiz als Standort ausgewählt.

Luxemburg, den 25. Juni 1929

Mit Beziehung auf den Bericht vom 3. d.M. Nr. 191/1266

Inhalt: Belgischer Fühler in der Frage des Sitzes der Bank für internationalen Zahlungsausgleich

Vertraulich!

Der Arbeddirektor Dr. Albert Calmes, früher Professor der Wirtschaftslehre an der Universität in Frankfurt a.M., der als zweiter luxemburgischer Vertreter im Höheren Rat der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion¹ mit belgischen Regierungskreisen in enger Fühlung steht, machte mir gestern vertraulich folgende Mitteilung:

Vor einigen Tagen habe er mit einem maßgebenden Beamten des belgischen Außenministeriums, dessen Namen er verschweigen müsse, von dem er aber sagen könne, daß er nach dem Außenminister der erste Mann im Ministerium sei, die zur Zeit schwebenden deutsch-belgischen Verhandlungen über die Frage der Einlösung der in belgischem Staatsbesitz befindlichen Papiermarkbeträge, an deren Ausgang Luxemburg auf Grund der mit Belgien bestehenden Abmachungen bekanntlich ein sehr erhebliches Interesse habe, besprochen. Im Laufe der Unterhaltung, die auch die Reparationsfrage im allgemeinen und die in Aussicht genommene Bank für internationale Zahlungen gestreift habe, sei von dem betreffenden Herrn plötzlich an ihn die Frage

1 Die belgisch-luxemburgische Wirtschaftsunion wurde 1921 ins Leben gerufen, nachdem Luxemburg 1919 aus dem Deutschen Zollverein ausgetreten war. Die Bevölkerung hatte in einem Referendum am 28. September 1919 mit mehr als 60 % für eine wirtschaftliche Verbindung mit Frankreich optiert, was jedoch bei den Franzosen auf Skepsis gestoßen war, die sich im Mai 1920 aus den Verhandlungen zurückzogen. Nach komplizierten Verhandlungen konnte am 25. Juli 1921 die Wirtschaftsunion zwischen Belgien und Luxemburg in Kraft treten. *Fournelle, Wirtschaftsleben.*

gerichtet worden, ob er gute Verbindungen zu Deutschland habe; wenn dies der Fall sei, werde er ihm Eröffnungen machen, auf deren Bekanntwerden in Deutschland er großen Wert lege. Er – Calmes – habe daraufhin erwähnt, daß er zu dem Deutschen Herrn[2] Gesandten in Luxemburg in sehr guten persönlichen Beziehungen stehe, worauf ihn der betreffende Beamte ermächtigt habe, dem Herrn Gesandten in Luxemburg folgendes mitzuteilen:

Wenn seit dem Kriege zwischen Deutschland und Belgien ein erträgliches Verhältnis noch nicht wieder hergestellt werden können, so sei das im Wesentlichen auf das Vorhandensein zweier bisher noch unbereinigter Probleme zurückzuführen, die immer wieder Anlass und Quelle von Meinungsverschiedenheiten gewesen seien und dadurch einer Verständigung hemmend im Wege gestanden hätten. Das erste dieser Probleme, die Markfrage, sei dadurch, daß Deutschld nunmehr eingewilligt habe, über die Einlösung der in Belgien verbliebenen Papiermarkbeträge im Rahmen der Reparationsfrage zu verhandeln, im Prinzip erledigt. Die weiteren Verhandlungen würden sich nur noch um Ziffern drehen. Anders dagegen verhalte es sich mit dem zweiten Problem, der Franktireurfrage. Während in Belgien von der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Weltkrieg so gut wie gar nicht mehr gesprochen werde, werde die öffentliche Meinung durch den von deutscher Seite immer wieder erhobenen Vorwurf, daß Belgien den Franktireurkrieg bewußt organisiert und dadurch die deutschen Vergeltungsmaßnahmen herausgefordert habe, ständig in Erregung gehalten. Kein Mensch in Belgien glaube an die Existenz von Franktireurs. Daß sich auch in Deutschland eine objektive Beurteilung durchzusetzen beginne, zeige ein sehr mutiger Artikel über dieses Thema, der vor kurzem in einer katholischen Zeitschrift erschienen sei (auf den Namen dieser Zeitschrift konnte sich Herr Calmes nicht mehr genau besinnen, er[3] glaubte aber, daß es sich um die "Allgemeine Rundschau" handle). Zur Beruhigung der Geister würde es wesentlich beitragen, wenn solche Stimmen sich in Deutschland mehren würden und wenn vielleicht objektive deutsche Persönlichkeiten sich eingehend mit dem Studium dieser Frage befassen und die Ergebnisse ihrer Forschungen in der deutschen Öffentlichkeit bekannt geben würden.

Belgien sei gern bereit, die Vergangenheit zu vergessen, ja sogar Deutschland bei der Wiedererlangung seines wirtschaftlichen Uebergewichts im Königreich, wie es vor Kriegsausbruch bestanden habe, in keiner Weise zu beeinträchtigen. Es müsse jedoch zunächst von deutscher Seite der Wille zur Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses in einwandfreier Weise bekundet werden. Hierzu biete sich gerade jetzt eine hervorragende Gelegenheit: Wenn Deutschland gegenüber Belgiens Bestreben, daß Brüssel zum Sitz der Reparationsbank erwählt werde, eine freundliche Haltung einnehme, werde eine solche versöhnliche Geste nicht verfehlen, auf die belgische Oeffentlichkeit einen außerordentlich günstigen Eindruck zu machen und damit die für eine Annäherung der beiden Länder förderliche Atmosphäre zu schaffen.

Die in Deutschland vielfach verbreitete Auffassung, daß Belgien sich im Schlepptau der französischen Politik befinde sei vollkommen ungerechtfertigt.² In Belgien wisse man sehr wohl, daß ein gewisses Gleichgewicht unter den drei umgebenden Mächten Deutschland, Frankreich, England die notwendige Voraussetzung für den Fortbestand der Unabhängigkeit des Landes sei. Die viel erörterte Militärkonvention sei an sich schon ohne Bedeutung gewesen und durch den Locarnovertrag vollends obsolet geworden. Von einer entgegenkommenden Haltung gegenüber den belgi-[4]schen Wünschen werde Deutschland keinerlei Nachteile zu befürchten haben. Der stetig wachsende wirtschaftliche Einfluss Deutschlands in Belgien, dem belgischerseits ja keinerlei Hemmnisse in den Weg gelegt werden würden, werde die beste Garantie für eine vollkommene Wahrung der deutschen Interessen sein, wenn die Reparationsbank ihren Sitz in Brüssel haben werde.

Diese von ihm an Hand kurzer schriftlicher Aufzeichnungen wiedergegebenen Ausführungen ergänzte Herr Calmes noch dahin, daß man nach seinen Eindrücken in Brüssel die Konkurrenz Amsterdams im Wettbewerb um die Reparationsbank sehr fürchte und daß man alles daran setzen werde um diesen Konkurrenten auszuschalten.

Die Persönlichkeit des Herrn Calmes schließt meines Erachtens jeden Zweifel an der Authentizität der von ihm übermittelten Nachricht sowohl hinsichtlich der Quelle als auch hinsichtlich des Inhaltes aus. Was seinen Gewährsmann im belgischen Außenministerium veranlaßt hat, diesen eigenartigen Weg der Weitergabe

2 Tatsächlich war es eine in der deutschen Öffentlichkeit weit verbreitete Meinung, die belgische Außen- und Wirtschaftspolitik lediglich als "Anhängsel" der französischen zu betrachten. Allerdings hat die historische Forschung gezeigt, dass Belgien durchaus eine eigenständige Politik betrieb und sich nicht die Agenda einfach aus Frankreich bestimmen ließ. Vgl. Bussière, *La France; Depoortere, Réparations*.

politischer Mitteilungen zu wählen, hat Herr Calmes nicht angegeben. Obwohl das von ihm hierher Mitgeteilte dort jedenfalls aus der Berichterstattung der Deutschen Gesandtschaft in Brüssel bereits bekannt sein dürfte, wollte ich nicht verfehlen, darüber unmittelbar zu berichten. Die Verständigung der deutschen Gesandtschaft in Brüssel darf ich dem dortigen geneigten Ermessen gehorsamst anheimgeben.

i.V.

Muntzinger[?]